

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Behebung ins Haus für Reich-Deutschland 12.- M. Im voraus zahlen, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkaufspreise ermäßigt. (Sämtliche Postämter Deutschlands, Österreich, Ungarn, Italien, Schweiz, Belgien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Japan, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, etc.)

Die abgesetzten Kompositionen oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Laufende Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Belegblätter in Waren-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Preisveränderungen: Bestenfalls 2020, 2045, 4516 4802, 4835, 4842, 4821.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Arbeiter der Welt

Eine Botschaft Smillies

Smillie, der Vorsitzende der englischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, hat nach der „Humanität“ einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt erlassen, der die Bedeutung des nahe bevorstehenden Kampfes der englischen Bergarbeiter darlegt. In dem Aufruf heißt es:

Im Verlauf der schwierigen Periode, in der wir uns jetzt befinden, glaube ich eine Hoffnungsbotschaft an die Arbeiter unseres Landes und die der ganzen Welt senden zu müssen. Der Kampf des Proletariats wird immer erbitterter. In jedem Land ist der Kapitalismus härter denn je und die Versprechungen, die die Regierung und die Kapitalisten gemacht haben, sind vergessen. Das organisierte Kapital beschäftigt sich viel weniger damit, die Arbeiter in den fremden Ländern zu befragen, als die Arbeiter in den eigenen Ländern zu befragen, als die Arbeiter in der Arbeiterbewegung hat kürzlich gewisse Forderungen aufgestellt, eine Herabsetzung des Preises der Hauskohl und eine Erhöhung des Lohnes. Die erste dieser Forderungen würde die Lebenskosten des Volkes bedeutend herabsetzen und die ärmsten Klassen der Allgemeinheit würden davon Nutzen haben. Man kann mit gutem Recht sagen, daß dies die am wenigsten egoistische Bewegung ist, die jemals von den Gewerkschaften geführt wurde. Die Lohnherabsetzung würde den Bergleuten kaum das Lebensniveau der Vorkriegszeit ermöglichen, das nach Ansicht aller Mitglieder der Kohlenkommission unter dem Notwendigen war. Wir hoffen, daß die Arbeitergenossen der anderen Industrien sich über die Forderungen der Bergarbeiter auf dem Laufenden halten und sich nicht durch die kapitalistische Propaganda täuschen lassen werden, die seit einigen Wochen die Luft verpestet.

Der polnisch-litauische Konflikt

Kowno, 5. September.

Der Minister des Aeußern hat durch Vermittlung der litauischen Gesandtschaft in Berlin an den polnischen Minister des Aeußern folgende Note gerichtet:

Die litauische Regierung bedauert, dem Ersuchen der polnischen Regierung, die litauischen Truppen hinter die in Ihrer Note bezeichnete Linie zurückzuziehen, nicht entsprechen zu können und zwar aus folgenden Gründen:

1. die freiwillige Abtretung eines schon in der Gewalt des litauischen Staates befindlichen Territoriums wäre eine Verletzung der Neutralität gegenüber Rußland,
2. die litauische Regierung erachtet es für unmöglich, ein Gebiet, das sie als unumstritten zu Litauen gehörig betrachtet, einer fremden Okkupation zu überlassen. Die in Ihrem Telegramm vom 2. September bezeichnete Grenzlinie ist unter ganz besonderen Bedingungen, ohne Teilnahme der litauischen Regierung und ohne deren Zustimmung bestimmt und niemals von ihr an-

erkannt worden. Die litauische Regierung, die von verständlichem Geiste bewegt ist und wünscht, Konflikte zwischen den litauischen und polnischen Truppen zu vermeiden, hätte in ihrer Note vom 27. August der polnischen Regierung vorgeschlagen, eine Demarkationslinie festzulegen; die Polen aber beantworteten weder die Note noch beendigten sie die in Kowno angefangenen Verhandlungen. Sie haben vielmehr litauische Truppen bei Augustowo angegriffen, sie zurückgedrängt und sind tief in litauisches Gebiet eingedrungen. Die litauische Heeresleitung wurde gezwungen, diesen Einfall zurückzuweisen. Da die litauische Regierung weiteres Blutvergießen aufzuhalten wünscht und Polen den Beweis ihrer friedlichen und freundlichen Politik ihm gegenüber geben möchte, schlägt sie vor, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und Delegierte, die mit den nötigen Vollmachten versehen sind, zu entsenden, um eine Demarkationslinie zu bestimmen. Die Delegierten können sich in Maria mpol treffen. Nach Festlegung einer Demarkationslinie wäre die litauische Regierung sofort bereit, in Verhandlungen zwecks Lösung aller strittigen Fragen einzutreten. Die litauische Regierung nimmt als Basis dieser Verhandlungen die schon kürzlich auf der Konferenz von Riga von den litauischen Delegierten bestimmten Punkte an.

Autonome Kirgisen-Republik

Moskau, 5. September.

Das Zentralvolkskomitee hat laut Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 10. Juli die Einsetzung einer autonomen Sowjetrepublik beschlossen. Diese Republik, welche einen Teil der russischen Sowjetföderation darstellt, umfaßt die ehemaligen Verwaltungsbereiche von Semipalatinsk, Aktolinsk, Turgaj, Uralst, sowie einen Teil des transkaspischen Gebietes und der Provinz Astrachan.

Die Lage in Italien

Abwartende Haltung der Arbeiter

Mailand, 6. September.

Die Metallarbeiter haben beschlossen, die Beschlässe der Industriellen bis zum 10. d. M. abzuwarten. Nachdem soll eventuell die Belegung der Fabriken in ganz Italien erfolgen. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen.

Französische Anleihe in Amerika

U. Genf, 6. September.

Wie die Pariser Zeitungen im Anschluß an eine Meldung der „Times“ bestätigen, hat die französische Regierung bei den Großbanken der Vereinigten Staaten eine Anleihe von 100 Millionen Dollar aufgenommen zur teilweisen Deckung des französischen Anteils der im Oktober fälligen englischen Kriegsanleihe. Diese Anleihe, deren Rückzahlung in 20 Jahren erfolgen soll, wird mit 10 Prozent verzinst. Die Bank von Frankreich hat bereits, wie „Echo de Paris“ meldet, ein Teil der Goldreserven als Garantie nach New York geschickt.

Zerstörung eines Entente-Munitionswagens

Berlin, 6. September. (Amstsch.)

Am 3. September haben Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erlau einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorchriftsmäßig angemeldeten Ententenschubzug abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsmäßig kennlich gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zusicherung, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiter laufen sollte. Trotzdem haben am 4. September Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen den Wagen entladen und die Munition auf freiem Felde verbrannt. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gefahrlichen Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahnverwaltung etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.

Trifft die obige Darstellung zu, so handelt es sich hier um eine bedauerliche Außerachtlassung der getroffenen Vereinbarungen. Die an der Bildung der Kontrollkommissionen beteiligten Spitzenorganisationen haben in ihren Aufrufen und Anweisungen keinen Zweifel gelassen, daß die durch den Zwang des Versailles-Vertrages gezogenen Grenzen der Kontrolltätigkeit in Deutschland eingehalten werden müssen.

Allerdings ist das Reichsverkehrsministerium, das durch die bekannten Veröffentlichungen eine ungeheure Er-

regung in die Arbeiterschaft getragen hat, mitschuldig an diesen Vorgängen. Die bürgerliche Presse, besonders die „Voss-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ benutzten diesen Vorfall, um in den schärfsten Tönen den Feldzug gegen die Kontrolltätigkeit der Arbeiter fortzusetzen. Der Reichsverkehrsminister scheint bereits diesen scharfmacherischen Einflüssen allzu willig nachzugeben und die Arbeiter zu provozieren. Die politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft werden Mittel und Wege finden, um den Scharfmachereien des Herrn Gröner ein Ende zu bereiten.

Eine amtliche Meldung nimmt Stellung zu den Erklärungen der Kontrollkommission für Berlin-Brandenburg über die bekannten Veröffentlichungen des Reichsverkehrsministers. In dieser Erklärung wird gesagt, daß diese Erlasse die Mitwirkung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter nicht ausschalten, sondern im Gegenteil ausdrücklich vorsehen. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Erlässen angeordnet wird, daß den Dienststellenvorstehern zur Unterstüßung bei der Beobachtung verdächtiger Transporte bestimmte Beamte und Arbeiter beigegeben werden sollen und daß neben dem zuständigen Eisenbahnbeamten der Betriebsrat in den vom Entwaffnungskommissar zu bildenden Kommissionen vertreten sein solle. Zum Schluß heißt es: Diese Verfügungen beweisen, daß der Reichsverkehrsminister, weit entfernt, die Mitwirkung der Eisenbahnbediensteten bei der Ausführung der Vereinbarung vom 23. August ausschalten zu wollen, sie im Rahmen der Gehege ausdrücklich angeordnet und geregelt hat.

Der Wortlaut der Erlasse kann gar nicht anders ausgelegt werden als ihn die Arbeiterschaft ausgelegt hat. Die in ihnen enthaltenen Anweisungen sind äußerst behärdig und geben der Arbeiterschaft nicht das geringste formelle Recht zur Kontrolle. Uebrigens sind die doch mit Zustimmung der Regierung gebildeten örtlichen Kontrollkommissionen mit keiner Silbe erwähnt, so daß das Ganze praktisch auf nichts anders als auf eine Außerachtlassung der Kontrollkommissionen hinausläuft. Das können auch noch so lange Rechtfertigungen des Reichsverkehrsministers nicht wegweisen.

Wir und Moskau!

Von Luise Zich.¹⁾

Wir sind von inniger Sympathie erfüllt für das russische Proletariat, dessen Leiden unermesslich sind. Rückhaltlos Bewunderung ergreift uns, wenn wir das gigantische Werk der sozialen Umwälzung betrachten, das es aus eigener schöpferischer Kraft vollbringt, während es sich gleichzeitig gegen eine Welt von Feinden verteidigen muß.

Dieser Sympathie und unserer Internationalität entspringt die weitestgehende Solidarität, die von der U. S. P. vom Tage ihrer Gründung an Rußland gegenüber geübt worden ist. Diese Sympathie für das russische Proletariat und die erste Sorge, wie der Vormarsch des Sozialismus zu fördern sei, gebar den Leipziger Beschluß: Durch Verständigung mit den revolutionären Arbeiterparteien der westeuropäischen Länder und der dritten Internationale eine schlagkräftige revolutionäre Internationale der Tat zu schaffen.

Mit dem einmütig von der Partei erteilten Auftrag, unter Wahrung der Autonomie unserer Partei, auf dem Boden unseres Aktionsprogramms eine Verständigung mit Moskau zu suchen, sind unsere Delegierten ausgezogen, eine bräutliche Kampfansage, ein ungeheuerliches Diktat haben sie heimgebracht.

Nur Sklavenseelen kann man die Annahme solch demütigender und entwürdigender Bedingungen zumuten, freie, aufrichtige und selbstbewußte Menschen werden — je nach ihrem Temperament — sie zornig oder höhnisch zurückweisen.

Von welcher grenzenloser Menschenverachtung muß Lenin erfüllt sein (von ihm sollen die schärfsten Bestimmungen herrühren), wenn er glaubt, uns so niedrigen zu können, wie es die bekanntgegebenen Anschlußbedingungen bezeugen, wenn er glaubt, wir würden das schlucken!

Wie ist es möglich, daß Sozialisten, die für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und geistiger Knechtschaft kämpfen, auch nur auf den Gedanken kommen können, ihre Kampfesgenossen anderer Länder geistig in Fesseln legen und das Instrument ihres Kampfes, ihre Parteiorganisation, zerbrechen zu wollen.

Nicht willenlose Sklaven der Moskauer, sondern gleichberechtigte Kampfesgenossen wollen wir sein. Unsere grundtätig marxistische Auffassung und unsere revolutionäre Tat geben uns das historische Anrecht auf einen Platz der Gleichberechtigung im internationalen Rat des revolutionären Proletariats.

Wir unterwerfen uns keinem Diktat, woher es auch kommen mag. Das Hartkitt überlassen wir den Abessigen Japans.

Aber gesetzt den Fall, wir wären so würdelos und würden das Joch auf uns nehmen, was wären die Konsequenzen für den Klassenkampf und für den Sozialismus?

Beginnen wir mit der Bestimmung über den Parteitag: Wer auf ihm gegen den Anschluß an die dritte Internationale unter den bekanntgegebenen Bedingungen stimmt, wird ausgeschlossen, und mit ihm die Organisation, die sich hinter ihn stellt. Bei solchem Verfahren würde der Parteitag nicht nur zu einer Farce, sondern gleichzeitig zu einer Wolfgrube und zu einer Guillotine für Alle, die es dennoch wagen, gegen den Anschluß zu stimmen.

Die Bestimmung über den Parteitag wäre die Proklamierung eines so unerträglichen Gewissenszwanges, wie er schlimmer nicht geübt wurde zur Zeit der Inquisition.

Nehmen wir dazu noch die Bedingungen, daß die Partei von Zeit zu Zeit erneut „gereinigt“ werden soll durch einfaches Ausstreichen der „Anrüchigen“ aus den Mitgliederlisten, die Ueberspannung des Zentralisationsprinzips, wonach dem Vorstand tyrannische Machtbefugnisse über die Personen und die Einrichtungen der Partei gegeben werden sollen, dazu die Durchführung einer eisernen militärischen Disziplin in der Partei, so wird man ersehen können und bald praktisch erproben, wie bei dieser Methode ein Heer von Heuchlern und Kriechern, von unwissenden Maulhelden und widerlichen Streibern, aber auch von Denunzianten groß gezogen würde: Alles geistige Leben in der Partei würde erstickt. Eine andere Meinung als die offiziell vom Moskauer Exekutivkomitee abgestempelte wäre Verrat, opportunistisch, konterrevolutionär. Die Erziehung der Arbeiter zum eigenen Denken und Urteilen, bisher der Stolz der deutschen Arbeiterbewegung und notwendige Vorbereitung ihres Sieges, wäre verpönt und unterbunden. Wozu auch, wenn man die politischen Parteien fertig von Moskau bezieht?

Die Entwicklung von starken Persönlichkeiten mit einem eisernen Willen wäre völlig ausgeschlossen, denn die Weisungen Moskaus müßten blindlings befolgt werden.

Das Vorgehen der unabhängigen Arbeiter, die aus freiem Entschluß mutig Freiheit und Leben für die Erringung der politischen Macht und die Aufrichtung des Sozialismus einsetzen wollen, unter Anwendung der Kampfmethoden und Ausnützung solcher Situationen, die man nach Einblick in die treibenden Kräfte und Entwicklungs-

¹⁾ Wegen Stoffmangels können wir den obenstehenden Artikel, der uns schon vor einer Woche zuging, erst heute veröffentlichen.

gesehe und unter Verhinderung der ökonomischen Gesamtlage und der politischen Konstellation für die geeignetsten hält, ist völlig ausgeschlossen, denn die Taktik schreibt Moskau vor.

Was wir am Militarismus am tiefsten haßten, daß er die Versklavung in sich, den Willen lähmt, alles Eigene und Gutes im Menschen zerschmettert, ihn zum bedingungslosen, blinden Gehorchen zwang, das soll nun der Anstoß an Moskau für Männer und Frauen der Partei bringen.

Hat man durch Annahme der Anschließbedingungen den Geist der Parteimitglieder in dieser Weise in Fesseln gelegt, so verfährt man allerdings nur konsequent, wenn man den Terror zum Prinzip erhebt. Nicht nur den Terror gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen die Partei genossen. Denn auf die Dauer läßt sich der Geist nicht frachten, er rebelliert. Das haben sowohl die katholische Kirche, wie die weltliche Tyrannen genügend erfahren. Gegen diese Rebellen kann dann nur der Terror, und sei es der blutige, helfen.

Eine Angel ins Herz und ein Strid um den Hals bringt auch den rabiatesten Rebellen zum Schweigen. Darin hat Moskau schon recht.

Es ist auch durchaus logisch, des weiteren von uns zu verlangen, daß unsere Partei ihren Namen ändert. In der Tat: schluden wir die ungeheuerlichen Bedingungen, so haben wir kein Recht mehr uns Unabhängige Sozialisten zu nennen. Unsere Unabhängigkeit wäre restlos dahin. Unsere Partei wäre zur recht- und machtlosen Fiktion des Moskauer Exekutivkomitees herabgedrückt, unsere Mitglieder zu politischen Canachen degradiert. Unser politischer Einfluß und unsere Werkkraft wäre vernichtet, wir wären dem Geächte der Welt preisgegeben.

Und dazu sollte eine große Partei, die eine Million Mitglieder zählt, die nahezu 5 Millionen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, die die Partei des deutschen revolutionären Proletariats seither war, sich erniedrigen. Der Name unserer Partei ist kein leerer Schall, er ist ein Programm; er hat historische Bedeutung und einen guten internationalen Klang.

Die Unabhängige Partei war bisher Zuflucht und Trost für Millionen von Kämpfern und Bedauern, denen wir den Ausweg aus der kapitalistischen Wüste in das Land des Sozialismus gezeigt haben. Von ihrem Vertrauen getragen, haben wir den Klassenkampf zielklar und zielicher geführt. Der Marxismus war uns Waffe und Wegweiser. Er sollte weiter sein. Das sonnige Land des Sozialismus ist unser Ziel. Die dem Ideal folgen wir, unbelämmert um die Feinde rechts und links. Wir gehen nicht in die Sklaverei.

Die Schweizer Sozialdemokratie und die 3. Internationale

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz veröffentlicht folgende Erklärung:

In Würdigung der gegenwärtigen intern und äußeren Lage der Partei, im Hinblick auf die augenblicklichen Erörterungen über Ziel, Grundzüge und Taktik der Arbeiterbewegung, im Besonderen, so viel an ihre Klarheit zu schaffen über den Widerstreit der Meinungen, legt die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Wert darauf, folgende Erklärung zuhanden der Parteigenossen abzugeben:

Die Geschäftsleitung anerkennt die Notwendigkeit der Revolution des aus dem Jahre 1904 stammenden und daher die Erfahrungen des Weltkrieges und der durch ihn ausgelösten revolutionären Kämpfe noch nicht berücksichtigenden Parteiprogramms. Diese Erfahrungen legen insbesondere eine Revision der Parteigrundzüge im Sinne der Aufstellung klarer Richtlinien für die Zeit des Überganges von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft und des Aufbaues dieser selbst nahe.

Die Geschichte lehrt, daß keine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet und in die Hände der bisher von ihr unterdrückten Klasse abdankt. Auch die kapitalistische Bourgeoisie wird das nicht tun; es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß sie auch dann vor der Anwendung gewalttätiger Mittel, von der Sabotage angefangen bis zur Inzurrektion, nicht zurückweicht, wenn die politische Macht schon an die Arbeiterklasse übergegangen ist.

Diese Erkenntnis führt zu der Einsicht, daß die Arbeiterklasse in der Zeit, da sie noch als politische Minderheit innerhalb des bürgerlichen Staates kämpft, ihre Aktionsmittel nicht auf die Methoden des rein gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes beschränken darf, vielmehr den gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu einer Einheit verschmelzen und den Streik in den Dienst des politischen Kampfes stellen muß.

Die gleiche historische Erfahrung zeigt aber weiter, daß das Proletariat, einmal zur herrschenden Klasse geworden, aller staatlichen Gewaltmittel sich bedienen muß, um die Widerstände niederzujagen, die die Bourgeoisie der Verwirklichung des Sozialismus entgegensetzt. Das ist die Diktatur des Proletariats, eine Notwendigkeit, von der Arbeiterklasse weder gelacht noch unter allen Umständen gewollt, wohl aber ihr ausgezwungen durch das Verhalten der bisher herrschenden Klassen. So wie die Kampfmittel der Arbeiterklasse innerhalb des bürgerlichen Staates bedingt sind durch das Verhalten der Organe dieses Staates selbst, ebenso werden die Mittel der proletarischen Diktatur bestimmt sein durch das Verhalten der in die politische Minderheit verlegten Bourgeoisie.

Die proletarische Diktatur kann ihrem Wesen nach nur die organisierte Ausübung der durch den Willen der Arbeiterklasse getragenen proletarischen Herrschaft sein und findet ihre Grundlagen in einer Räteorganisation, die, aufgebaut auf der Zusammenfassung der werktätigen Bevölkerung nach Bezirken, Industriezweigen und Arbeitsgebieten, den bisherigen Apparat des bürgerlichen Parlamentarismus ersetzt und an seiner Stelle zum Vollziehungsorgan der proletarischen Staatsgewalt wird.

Jedes Streben nach Eroberung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus hat zur Voraussetzung, daß sich die Arbeiterklasse mit diesen Grundzügen und Problemen vertraut macht und sich geistig vorbereitet für die Zeit, da der proletarische Klassenkampf überleitet in die Epoche des entscheidenden Ringens mit der Bourgeoisie und ihrer Beseitigung als herrschende Klasse.

Dieses gemeinsame Bekenntnis aller revolutionären Arbeiterparteien bildet kein Hindernis für die Feststellung und Berücksichtigung der objektiven Kampfbedingungen in einem jeden Lande. Im Gegenteil. Aus der klaren Erkenntnis der allgemeinen Voraussetzungen des Sozialismus wächst die Erkenntnis der in jedem Lande vorhandenen Besonderheiten, die die revolutionäre Arbeiterklasse bis zur Verwirklichung der Taktik auf internationaler Grundlage zu überwinden hat. Aktion und Taktik des Proletariats müssen sich ebenso nothwendig unterscheiden in einem Agrarlande, wo die Bauern durch die Revolution aus Sklaven der Feudalherren in freie Bearbeiter des Bodens verwandelt werden und in einem Industriestaat, wo die Landwirte zu kapitalistischen Warenproduzenten geworden sind, wie dort, wo die Arbeiterklasse durch den revolutionären Klassenkampf schon die Staatsmacht in ihrem Besitz hat oder im Begriff ist, sie zu erlangen, und dort, wo am diese Nacht noch als Minderheit gekämpft wird, ohne bereits in das Stadium des offenen revolutionären Kampfes eingetreten zu sein. Es genügt nicht, daß die Arbeiterklasse die allgemeinen Voraussetzungen des Sozialismus begriffen hat, sie muß sich auch bewußt sein, unter welchen Bedingungen diese Voraussetzungen eintreten.

Diese Notwendigkeit ist in der jüngsten Zeit von manchen Parteigenossen und Arbeitern übersehen worden, und der Mangel hinwiederum führte zu einer unzutreffenden Beurteilung der revolutionären Kampfbedingungen und zu haltlosen Anschauungen über die unmittelbaren Aufgaben der Schweizerischen Arbeiterklasse.

So wie wir daran glauben, daß die Schweiz so wenig wie ein anderes westeuropäisches Land der sozialen Revolution entgehen wird, so selbstverständlich ist es, daß die sozialdemokratische Partei als proletarische Avantgarde ihre ganze geistige Arbeit auf diese Notwendigkeit einstellt und den Massen klar legen muß, daß die kapitalistische Gesellschaft unrettbar dem Zerfall anheimgegeben und eine Lösung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise nur durch die im revolutionären Kampf zu beseitigende bürgerliche Klassenherrschaft möglich ist, so falsch wäre der Glaube, als ob sich in der Schweiz eine revolutionäre Umwälzung vollziehen könnte ohne vorhergehende tiefgreifende Machtverschiebungen in jenen Ländern, die die Schweiz heute ökonomisch, finanziell und politisch beherrschen. Dazu kommt, daß die Schweiz nicht aktiv am Weltkrieg teilnahm, also auch die Bewaffnung des Proletariats nicht in der Weise erfolgen kann, wie in anderen revolutionären Ländern. Zieht man ferner in Betracht das tatsächliche Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte und der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, jene zurzeit im ganzen Lande wütende Reaktion, den Ausgang der letzten Kämpfe (Banarbieterausperrung, Nationalratswahlen, Frauenstimmrecht, Ziffernabschüttelung), so kann nur ein Phantast behaupten, die Arbeiterklasse der Schweiz wäre jetzt fähig und mächtig, zum entscheidenden Schlag gegen die Bourgeoisie auszuholen und dabei die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Organisationsformen und die Anwendung ihrer bisherigen Kampfmittel überflüssig.

Diese Feststellungen bedeuten keineswegs den irgendwelche gezielten Verzicht auf die revolutionäre Propaganda und des fortgesetzten Hinweises auf das vornehmste Ziel der Arbeiterklasse: den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, aber sie bilden eine im Interesse der Arbeiterklasse selbst gelegene Warnung vor einer Uebererschätzung ihrer Kräfte wie vor deren Zersplitterung. Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, daß für die Schweizerische Arbeiterklasse zurzeit nichts verhängnisvoller sein könnte, als eine aus Meinungsverschiedenheiten über internationale Fragen oder über den Aufbau der künftigen Gesellschaft hervorgehende Zersplitterung des im Lande selbst unerlässlichen Kampfes oder gar eine Trennung der bisherigen Organisationen.

Im Beitritt zur Dritten Internationale glaubte die Geschäftsleitung kein Hindernis dafür erblicken zu sollen, daß die Partei eines jeden Landes Rücksicht nehme auf den Grad der kapitalistischen Zersetzung und auf das reale Kräfteverhältnis, und daß jeweils die Kampfmittel zur Anwendung gelangen, die dem Grad dieser Entwicklung entsprechen. Zwischen ist indes der authentische Text der vom zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale beschlossenen Aufnahmebedingungen veröffentlicht worden, und diese Bedingungen sind derart, daß sie eine solche Auffassung schließlich ausschließen.

Die Aufnahmebedingungen widersprechen offensichtlich der vom Moskauer Kongreß selbst zum Beschluß erhobenen Erklärung, wonach selbstverständlich die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen müssen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, indem die Bedingungen sowohl für die allgemeine Propaganda, besonders auf dem Lande, als für das Verhältnis der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung zueinander Vorschriften enthalten, die nur dann verbindlich wären, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihr Reifegrad in jedem Land den gleichen Stand erreicht hätten. Darüber hinaus erheben die Aufnahmebedingungen die gegenseitige Zersetzung der proletarischen Kräfte zum Symbol. Im Moment, da die allgemeine Reaktion eine eiserne Zusammenfassung dieser Kräfte auf der Grundlage des proletarischen Klassenbewusstseins zur gebieterischen Notwendigkeit macht, fordert der Moskauer Kongreß zur Spaltung und Zersetzung der Partei wie der Gewerkschaftsbewegung auf, und geht bis zur Verleugnung der proletarischen Demokratie, indem er an die Stelle einer von dem organisierten Willen des Proletariats getragenen Diktatur einiger Personen und eines Kongresses stellt, der kraft seiner Zusammenfassung und Organisation kaum als der Willensträger der von ihm repräsentierten Parteien angesehen werden kann.

Solche Bedingungen annehmen, trotzdem man der Ueberzeugung ist, daß sie grundsätzlich falsch sind und beim gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Schweiz nicht eingehalten werden können, hieße nicht nur die Selbständigkeit und das Entscheidungsrecht der Partei preisgeben; ihre Annahme wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Existenz der Partei.

Unter diesen Umständen sieht sich die Geschäftsleitung veranlaßt, bei dem Parteivorstand zu beantragen, er möge seinen Beschluß betreffend den Beitritt der Partei zur Dritten Internationale in Wiedererwägung ziehen, weil dessen Voraussetzungen durch die vom zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale beschlossenen Aufnahmebedingungen hinfällig geworden sind.

Diese Stellungnahme kann nicht hindern, worauf es jetzt u. a. in der Schweiz ankommt: den Arbeitern das Verständnis der allgemeinen Richtung der Entwicklung und ihres Tempos beizubringen, ohne auf Kampfmethoden und Kampfmittel zu verzichten, die geeignet sind, die Kraft des Proletariats zu steigern, seinen Einfluß zu mehren und seine revolutionäre Erziehung zu beschleunigen. Zu diesen Formen und Mitteln zählen wir die fernere Anwendung und den Ausbau des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes wie seiner Organisationen im Sinne einer immer stärkeren gegenseitigen Durchdringung, die systematische Ausnützung aller Kampfmöglichkeiten, die die Klassengegensätze enthalten und ihre Ueberwindung durch die organisierte Aktion der Massen fördern. Handelt die Partei in diesem Geiste, dann wird sie aus ihrer gegenwärtigen internen Krise neu gestärkt hervorgehen und ihre Machtpositionen erweitern.

Genève, den 2. September 1920.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Die 3. Internationale und die französischen Gewerkschaften

Die Frage der Gewerkschaften nimmt auch in den Erörterungen der französischen Genossen einen breiten Raum ein. Aber selbst bis in die extremste Linke der französischen Partei wird die Ansicht verfochten, innerhalb der Reihen des gewerkschaftlich organisierten Proletariats für den sozialistischen Gedanken Propaganda zu machen und die Gewerkschaften von innen zu revolutionieren. So beschäftigt sich Genosse Pierre Lecomte in einem ausführlichen Artikel in der „La vie ouvrière“ mit der Haltung des Pariser Gewerkschaftsartikels, das beschlossen hatte, sich vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund Frankreichs (Confédération general du travail), an deren Spitze Jouhaux steht, zu trennen. Er empfiehlt den Genossen, diesen Beschluß nochmals zu beraten und zurückzunehmen, denn den rechtsstehenden Kreisen der Gewerkschaftsbureaus wäre nichts lieber, als der Austritt der revolutionären Elemente, der ihnen die Möglichkeit geben würde, ihre unternehmerfreundliche bürgerliche Politik ohne Kritik und ohne den Druck der revolutionären Massen weiter zu führen. Innerhalb der Gewerkschaften und Kartelle ist der Kampf und die Eroberung derselben für den revolutionären Geist nötig. Die Situation ist revolutionär, die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht, ihr Zusammenbruch bald zu erwarten. In einer solchen Situation werden die Erfahrungen der Massen sie schnell vom Wege des Opportunismus abbringen.

Genosse macht Genosse Frossard im „Populaire“ vom 3. September einem Berichtestatter gegenüber betreffs der Gewerkschaften folgende Ausführungen:

Die kommunistische Internationale hat uns aufgefordert, die sozialistischen Elemente des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) zu organisieren. Sie hat uns auch aufgefordert, daß wir die gegenwärtigen Führer der C. G. T. bekämpfen, aber wir haben dem Exekutivkomitee der dritten Internationale vollkommen eindeutig die Lage dargelegt, in der sich in Frankreich unsere Partei gegenüber der C. G. T. befindet. Wir haben unseren russischen Genossen gezeigt, daß unsere Gewerkschaftsbewegung selbständig entstanden ist, daß sie, auf ihre Autonomie eifersüchtig, sich schwerlich der Vormundschaft einer politischen Partei, wenn sie auch revolutionär wäre, unterwerfen würde. Wir denken, daß es im Interesse der sozialen Revolution liegt, daß unsere Partei in voller Uebereinstimmung mit den bestehenden Arbeiterorganisationen arbeitet. Wir werden ohne die C. G. T. keine Revolution machen. Die Eroberung der politischen Macht und die Ausübung der proletarischen Diktatur kann sich in Frankreich nur durch die vollständige Uebereinstimmung auf der Grundlage der Gleichheit zwischen der C. G. T. und der Partei vollziehen. — Wir sind bereit, von unseren Genossen zu verlangen, daß sie in den Gewerkschaften wie in der Partei als Sozialisten handeln, wir sind bereit, kameradschaftlich mit den revolutionären Kämpfen der Gewerkschaften, die die Notwendigkeit der politischen Aktion zugeben, zusammenzuarbeiten. Unsere Lösung bleibt: Sozialistische Aktion innerhalb der Gewerkschaften. Auch diese Frage wird auf dem nächsten Kongreß unserer Partei behandelt werden. Bis dahin bleibt unsere Stellung dieselbe wie bisher.

Kommunistische Treibereien?

Folgender Handzettel wurde in den letzten Tagen unter den Mitgliedern der U. S. P. verbreitet:

Achtung! Achtung!
Genossen der U. S. P. D.
Alle Anhänger der 3. Internationale treffen sich am
Freitag, den 10. September
abends 7 Uhr
im
Jugendheim, Alte Jakobstr. 126
Das vorbereitende Komitee.

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere Genossen auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Der Handzettel ist in der Druckerei der „Roten Fahne“ gedruckt und u. a. in der Funktionärsversammlung der U. S. P. in der „Neuen Welt“ am Sonnabend verbreitet worden. Ueber die Absichten der Veranstalter kann demnach wohl kaum ein Zweifel mehr bestehen.

Die Diskussion über die Anschließbedingungen

In allen Parteioptionen ist die Diskussion über die Anschließbedingungen in vollem Gange. Die sachlichen Unterlagen dafür haben wir fortlaufend veröffentlicht, wir werden aber auch die bisher aus Mangel noch un veröffentlichten Theilen, insbesondere auch die über die Agrar- und die Kolonialfrage, so bald als möglich veröffentlichen. Wie uns jedoch von mehreren Seiten mitgeteilt wird, besteht gegenwärtig bei den Diskussionen ein erhebliches Bedauern nach dem Wortlaut der Beschlüsse unseres Leipziger Parteitages. Wir halten es deshalb für nötig, darauf hinzuweisen, daß der Wortlaut sowohl im Protokoll des Leipziger Parteitages abgedruckt ist, ebenfalls aber auch in der im Verlage der „Freiheit“ erschienenen Schrift des Genossen Crispian: „Die Internationale“, Preis 2 M., „Der Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution“, die bereits in zweiter Auflage gedruckt ist. Die ebenfalls die Frage der Internationale behandelnden Schriften des Genossen Stein und Stöcker sind selber vergriffen.

Wir möchten aber ferner darauf aufmerksam machen, daß die beiden vom Zentralkomitee der Partei herausgegebenen Schriften: Antwort an das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale und der Bericht des Zentralkomitees der U. S. P. über die Ausführung des Leipziger Parteitagsbeschlusses, Preis 2 M., ebenfalls wertvolle Unterlagen für die Diskussion über die Anschließbedingungen enthalten. Alle diese Schriften sind durch die Buchhandlung der „Freiheit“ zu beziehen.

Die „ollen ehrlichen Seemänner“ in der KPD.

Meine auf der Reichskonferenz abgegebene Erklärung benutzte die „rote Fahne“, um ihre Fälschung zu wiederholen, die dadurch aber nicht an Wahrheit gewinnt. Nicht aus der Erfahrung „Tribüne“ erlahmte ich die Fälschung der Resolution, sondern es wurde mir u. a. von dem Redakten in der Erfurter Eisenbahnerversammlung, einem Mitglied der KPD, versichert, daß die von ihm eingebrachte und in der Versammlung angenommene Resolution den fraglichen Satz nicht enthält. In dieser Angelegenheit kann auch die im genannten Artikel gegen unsere Partei gerichtete Schimpfspiel nicht ändern.

Einem weiteren Beweis dafür, daß sich die „rote Fahne“ bei ihren Lügen wieder einmal erlappt sieht, liefert sie im gleichen Artikel dadurch, daß sie durch einen Augenschein auf unser Erfurter Organ, die „Tribüne“, die Aufmerksamkeit von dieser Angelegenheit abulen versucht. Die „rote Fahne“ ist sehr aufgeregt darüber, daß die „Tribüne“ sich erlaubt hat, bei der KPD, anzufragen, ob ihr ein kommunistischer Schulz bekannt ist, der in einer öffentlichen Versammlung der U. S. P. in Erfurt erklärte, die Spaltung der Arbeiterklasse sei notwendig. Da dieser Herr Schulz in der gleichen Versammlung den sofortigen Krieg mit Frankreich forderte, war der Verdacht nur allzu sehr begründet, daß wir es mit einem der vielen Schuppiel, die ja besonders in den Reihen der Kommunisten ihr verbrecherisches Handwerk treiben, zu tun hatten. Ob aber Schuppiel oder Kommunist, die Wirkung seiner Rede, die den Zweck hat, die deutsche Arbeiterklasse in einen Krieg mit Frankreich zu ziehen, bleibt die gleiche. Diese Absicht, von wem sie auch ausgeht, wird von uns stets aufs Schärfste bekämpft werden.

Willy Scholz, Erfurt.

Beschränkte Kaffee-Einfuhr zugelassen. Wie uns das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg nunmehr ermächtigt worden, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfang wieder zuzulassen. Die Höchstgrenze der Einfuhrbewilligungen ist auf 500 Tsd. arbeitstägig festgesetzt.

Die Ernährungskonferenz in Straßburg ist gestern eröffnet worden. Nach dem allgemeinen Austausch wurde auf Vorschlag des italienischen Ministers Soleris eine Reihe von Sonderberatungen zwischen den Sachverständigen der beiden Völker festgesetzt, um die praktischen Möglichkeiten der Vermehrung des italienischen Anteils zu prüfen.

Die deutschen Kohlenlieferungen für Belgien. Deutschland hat die durch die Konferenz von Spaan Belgien zugesprochenen 180 000 Tonnen Kohlen im Monat August verträglichmäßig geliefert.

Weitere Zeltungsverbote im besetzten Gebiet. Nachdem bereits die „Neue Badische Landeszeitung“ am 5. September auf einen Monat im besetzten Gebiet verboten wurde, sind jetzt auch die „Süddeutschen Monatshefte“ und die „Deutschen Nachrichten“ auf 15 Tage verboten worden.

Die Unterbindung der Volks- ernährung

N. A. Beinahe jedes Kind in Deutschland weiß heute, daß die Frage der Volksernährung in sehr hoher Maße eine Frage der ausreichenden Beschaffung von Düngemitteln für die Landwirtschaft ist. Allgemein bekannt ist ferner — und nicht nur die Landwirte, sondern auch die zahllosen Kleingartenbesitzer und Laubentzonenisten haben es zu ihrem Schaden erfahren müssen —, daß wir in Deutschland unter schwerem Mangel an künstlichen Düngemitteln leiden. Das Angebot, besonders an stickstoffhaltigen Düngemitteln, deckt bei weitem nicht die Nachfrage, und was auf den Markt kommt, ist so gewaltig überbeuert, daß es für den Kleinen meist unerschwinglich ist.

Um so mehr Bedenken muß es erwecken, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages vor wenigen Tagen beschließen hat, 25 000 Tonnen stickstoffhaltige Düngemittel nach dem Auslande auszuführen. Es ist eine Verschleierung nach der Tatsachen, oder richtiger gesagt, eine glatte Lüge, wenn im Ausschuss von überflüssigen Düngemitteln gesprochen wurde. Wir haben in Deutschland keine überflüssigen Düngemittel, sondern müßten im Gegenteil noch zigtausende von Tonnen einführen. Vor dem Kriege wurden jährlich 900 000 Tonnen Phosphat-Düngestoffe eingeführt. Mittlerweile haben wir die Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft industriell verwertet, produzieren aber bei weitem nicht die benötigten Mengen, so daß immer noch ein ganz erhebliches Manko verbleibt. Nicht Ausfuhr, sondern Ein-
fuhr von Stickstoff-Düngemitteln wäre darum dringend geboten.

Diese Tatsachen können natürlich dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss nicht verborgen geblieben sein. Er versucht auch der Öffentlichkeit gegenüber seine Maßnahme zu rechtfertigen durch den Beschluß, den aus der Ausfuhr der 25 000 Tonnen erzielten Gewinn zu verwenden zur Stabilisierung und sogar zur Senkung der Preise für Düngemittel. Mit diesem Beschluß paßt sich der Ausschuss vorzüglich der Vämmerlichkeit unseres gesamten Regierungswesens an. Denn die Ausfuhr der Düngemittel ist die denkbar unwirtschaftlichste Methode. Die zur Ausfuhr freigegebene Menge würde zur reichlichen Düngung von 25 000 Hektar Land genügen und der Ernteertrag auf diesem gut gedüngten Boden wäre um etliche Tausend Tonnen höher wie auf dem gegenwärtig ausgehungerten Lande. Jeder vernünftige Volkswirt muß bestrebt sein, der Landwirtschaft möglichst viel künstliche Düngemittel zur Verfügung zu stellen, damit wir die Lüge kommen, den größtmöglichen Teil unseres Bodens an Brotgetreide usw. selbst zu produzieren. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss macht die Sache umgekehrt. Er legt dafür, daß wir weniger Brotgetreide produzieren und schließlich das Mehrfache von dem, was uns die Ausfuhr des Stickstoffes einbringt, im nächsten Jahre dem Auslande zahlen für Lebensmitteleinfuhr.

Der Ausschuss glaubt, durch seine Maßnahme die Preisbildung auf dem Kunstdüngemarkt beeinflussen zu können. Vorsichtigerweise heißt es allerdings in dem Bericht, daß mit dem Ueberschuß aus der Ausfuhr eine Senkung der Preise „angestrebt“ werden soll. Auch der Ausschuss ist sich wohl darüber klar, daß es bei diesem „Anstreben“ sein Bewenden haben wird, weil die Regierung ja doch keine energischen Maßnahmen ergreift, um den Preiswucher unmöglich zu machen. Der mehr wie zweifelhafte „Ueberschuß“, den die Ausfuhr augenblicklich bringt, ist bei Nichtbeachten eine schwere Schädigung unserer Volkswirtschaft, ist ein Schlag gegen unsere Volksernährung. Aber was verschlägt's unseren Wesen in den Regierungskesseln! Sie wurteln eben von einem Tag zum andern und sind froh, einmal einen geringen Augenblickserfolg zu ergattern.

Die Allgemeinheit hat jedoch das allergrößte Interesse, solche einschneidenden Maßnahmen unter anderen Gesichtspunkten behandelt zu sehen. Zehntausende von Landwirten und Kleingartenbesitzern warten auf die Befriedigung ihres Bedarfs an Kunstdünger zu erschwinglichen Preisen. Tausende von Tonnen an Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten können im Lande selbst mehr produziert werden wie bisher, wenn dem Boden die nötigen Düngestoffe zugeführt werden. Ungezählte Millionen Lebensmittel, wenn nur die Regierung in großzügiger Weise diese Lebensfrage des deutschen Volkes behandeln wollte. Mir sagte kürzlich ein politisch radikal orientierter, wirtschaftlich aber recht modern gesinnter Landwirt: „Wenn die Unabhängigen etwas Gutes und Zweckmäßiges für unsere Volksernährung schaffen wollen, dann mögen sie ein Gesetz durchbrechen, das jeden Landwirt zwingt, ein bestimmtes Quantum Stickstoff pro Hektar zu verwenden. Auf diese Weise läßt sich eine gewaltige Mehrproduktion erzielen.“ In der Sache selbst hat dieser Landwirt vollkommen recht. Nur ist es mit dem Gesetz allein nicht getan. Voraussetzung wäre in erster Linie eine erhebliche Steigerung der Kunstdüngerproduktion, die sehr wohl möglich ist. Weiter wäre notwendig eine Steigerung der Einfuhr von Düngemitteln und eine sehr energische Beeinflussung der Preisbildung, so daß jedem landwirtschaftlichen Produzenten die Verwendung von Kunstdünger möglich gemacht würde. Das alles läßt sich aber nur erreichen durch sehr einschneidende Maßnahmen. Davor aber schreckt die Regierung zurück. Sie bleibt in Erwägungen stecken, prüft die einschlägigen Fragen solange, bis es wieder einmal zu spät ist und macht zwischendurch die größten Dummheiten, deren Folgen das Volk dann zu tragen hat.

Der Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses ist von so einschneidender Bedeutung für unsere Volksernährung, daß gegen seine Ausführung scharfster Protest erhoben werden muß. Er bedeutet eine erhebliche ins Gewicht fallende Verminderung unserer nächstjährigen Ernte. Noch mehr solcher Torheiten und unsere Volksernährung wird aufs ernstlichste bedroht.

Anmerkung der Red. Wir stimmen mit dem Einverständnis der vorstehenden Zeilen in der Wichtigkeit der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln zwecks Steigerung der heimischen Erzeugung durchaus überein. Seine Ausführungen betonen aber nicht mit genügender Deutlichkeit, daß die Landwirte nur von ihrem privatwirtschaftlichen Standpunkt aus die Produktion betreiben. Sie sehen diesen Standpunkt als die Interessiertere viel besser gewahrt ohne Verwendung von künstlichem Dünger als mit Dünger. Vor allem aber ist es nötig, die Düngemittelpreise zu senken. Die Düngemittelindustrien haben in den letzten Jahren stetig Ueberschüsse abgeworfen, die nicht nur aus dem guten Auslandsgehalt herrühren, sondern auch aus den hohen Preisforderungen im Inland. Diese kapitalistische Aus-

beutung ist nicht nur ein Hemmnis für die Steigerung der inländischen Nahrungsmittelerzeugung, sondern auch eine der wesentlichsten Ursachen für die hohen Preise.

Die Konjunkturabgabe in der Leder- und Schuhindustrie

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages begann gestern seine Beratungen mit der Erörterung über die Beilegung der im Februar 1920 beschlossenen Konjunkturabgabe in der Leder- und in der Schuhindustrie. Während die Schuhindustriellen der Durchführung der Verordnung keine Schwierigkeiten bereitet haben, haben die Lederindustriellen alles daran gesetzt, um die Durchführung der Verordnung zu verhindern. Jetzt glauben sie die Zeit für die völlige Beilegung der Verordnung gekommen. Im Ausschuss wurden ihre Wünsche von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien unterstützt, die eine bewegliche Klage darüber anstimmten, daß es gegenwärtig den Lederindustriellen so überaus leicht geht. Ihre Verluste seien so enorm, daß die Erhebung der Abgabe zum Ruin vieler Unternehmungen führen müsse. Daß sich der für die Gelder der Lederindustriellen sehr eingenommene Reichstagspräsident Dr. Hugo der Interessen seiner Geldgeber besonders annahm, ist selbstverständlich.

Sowohl die unabhängigen Mitglieder des Ausschusses als auch die Rechtssozialisten wandten sich mit größter Entschiedenheit gegen den Versuch die Verordnung zu beilegen oder abzumildern. Die Gewinne gerade der Lederindustriellen seien in den letzten Jahren so riesig gewesen, daß sie die Abgabe im allgemeinen durchaus ertragen könnten. Wo in besonderen Fällen diese Möglichkeit nicht gegeben sei, genügen die Bestimmungen der Verordnung durchaus für eine mildere Handhabung.

Die bürgerlichen Vertreter wägen es deshalb auch nicht, ihre Forderung nach Beilegung der Konjunkturabgabe aufrecht zu erhalten, da auch der Vertreter des Wirtschaftsministeriums sich entschieden gegen diese Ablicht ausgesprochen. Unter Ablehnung einer von den Unabhängigen und Rechtssozialisten eingebrachten Entschließung, die von der Regierung baldigste Durchführung der Konjunkturabgabe verlangte, wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, so schonend vorzugehen, daß die Lebensfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleineren und mittleren Betriebe, nicht gefährdet wird.

Der Kohlenwucher

Die Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft mit Sitz in Brüx, eine tschechoslowakische Gesellschaft, hat ein Aktienkapital von 16 Millionen tschechischen Kronen. Damit erzielte sie im Jahre 1919 einen Reingewinn von nicht weniger als 7 545 136 Kronen, also nahezu 50 Proz. des Aktienkapitals. An Dividende wurden 20 Prozent des Aktienkapitals gezahlt. Gleichzeitig wurde das Kapital von 16 auf 40 Millionen Kronen erhöht, die Form der Erhöhung ist aber mehr als sonderbar. Es wurden in Wirklichkeit nur für 8 Millionen Kronen neue Aktien herausgegeben, während die übrigen 16 Millionen einfach so herbeigezaubert werden, daß die alten 80 000 Aktien, die bisher einen Nennwert von 200 Kronen hatten, auf einen solchen von 400 Kronen gebracht werden, ohne daß die Aktionäre auch nur einen Heller zu bezahlen hätten. Man macht also einfach aus den Aktien neues Aktienkapital und sagt dem dann Kapitalerhöhung. Der Zweck der Uebung ist, das Aktienkapital zu vergrößern und die Dividende, die den Herrschenden wohl selbst etwas zu unerschämmt erscheint, im kommenden Jahre niedriger werden zu lassen, eventuell den Staat noch so nebenbei um die Steuer zu pressen. Es ist leicht verständlich, daß allgemein unter den Bergarbeitern über ein so frivoles Spiel eine große Erregung herrscht und es scheint uns nicht verfehlt, wenn endlich einmal durch energische Zuangriffnahme der Sozialisierung der Kohlenbergwerke ein für allemal derartige Manipulationen verunmöglicht werden.

Die Macht des Bankkapitals

Die größte Bank der Tschechoslowakei, deren Geschäftsbericht soeben in der Zeitschrift „Die Bilanzen“ veröffentlicht wird, ist die Zivnostenska Banka (Gewerksbank). Noch 1918 eine mittlere Bank, ist sie heute zu einem der größten Bankkonzerte Mitteleuropas geworden. Zu diesem Konzern gehören die tschechische Hypothekbank, von deren Aktienkapital die Zivnobank 55 Prozent besitzt. Sie weist allein eine Bilanzsumme von 1486 Millionen Kronen auf. Daneben besteht eine Interessengemeinschaft mit der slowakischen Bank in Kosenberg, mit der jugoslawischen Bank, der Laibacher Kreditbank in Jugoslawien und mit der ehemaligen Kreditanstalt, die mit der Escomptebank vereinigt ist. Den sprunghaften Aufstieg der Zivnobank charakterisiert am besten der Vergleich der Bilanzsummen aus den einzelnen Jahren. Sie betrug 1915 und 487 Millionen Kronen, 1916 603 Millionen, 1917 820 Millionen, 1918 1 779 Millionen und 1919 3 481 Millionen Kronen. Der Zinseingewinn allein stieg von 15,9 Millionen Kronen im Jahre 1918 auf 40,8 Millionen im Jahre 1919. Die Zivnobank beherrscht heute den größten Teil der deutschen und tschechischen Industrie in der Tschechoslowakei, sie bedeutet die Verkörperung des Finanzkapitals in diesem Staate und stellt in aller Ruhe die Interessengemeinschaft der Kapitalisten aller Nationen dieses sonst von nationalen Kämpfen so durchwühlten Landes dar.

Die tschechischen Legionäre für die Sozialisierung

Aus Prag wird uns geschrieben:
Die tschechische Bourgeoisie gab sich eine Zeitlang dem hohen Bahn hin, sie hätte sich in aller Gemütsruhe auf die Bajonette der Soldaten stützen und ihnen den Schutz ihrer Geldsäcke anvertrauen. Die tschechoslowakischen Legionäre jedoch, die aus Rußland zurückgekehrt sind, haben sie nun eines Besseren belehrt. Diese Soldaten haben sich die Beilegung, für die sie so viele und schwere Opfer brachten, denn doch etwas anders vorgestellt als nur durch einen bloßen Wechsel der sprachlichen Aufschriften auf den Eisenbahnstationen und den Bankhäusern. So kam die erste Ueberzeugung schon bei den Wahlen, als der Verband der Legionäre einen Appell an seine Mitglieder erließ, sozialistisch zu stimmen, was denn auch allenthalben prompt befolgt wurde. Die Soldaten stimmten fast durchwegs sozialdemokratisch und die Folge der Wahlen war, daß das Landesverteilungsministerium an einen Sozialdemokraten übergeben mußte.
Nun fand am 22. August in Prag ein Kongress des Verbandes tschechoslowakischer Legionäre statt, der Stellung nahm zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen und dann als Willensäußerung eine Resolution beschloß, in der es u. a. heißt:
„Die Ruhe, die unser junger Staat zu seiner Entwicklung braucht, kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn in seiner inneren und äußeren Politik den Ideen nachgegangen wird, die aus der Wiedergeburt der Menschheit ihren Ursprung fanden. Wir betonen die völlige bürgerliche Gleichheit aller Angehörigen der Republik, die Inangriffnahme einer energischen Durchführung der Sozialisierung nach innen und das aufrichtige Bestreben für einen Frieden mit allen unseren Nachbarn nach außen. Wir legen nicht zum erstenmal, daß wir die alte Welt, die Welt der Nöge und Ausbeutung, sowohl wirtschaftlich wie sozial abschaffen. Wir fahnen die alten Wirtschaftsverhältnisse nicht nur deswegen ab, weil neben Millionen Arbeitender und Darbender Tausende waren, die aus der Arbeit

jener im Ueberfluß lebten, wir lehnen sie auch ab aus rein moralischen Gründen, denn sie sind einfach unmenschlich. Der Ausgleich dieser Gegensätze wird eine Erhöhung der Produktivität der Arbeitenden mit sich bringen. Wir wünschen, daß die neue Welt auf revolutionären Wege erreicht wird, wir übersehen aber nicht, daß der Widerstand der Verteidiger der alten Ordnung eine Situation herbeiführen kann, die naturgemäß nur zur Revolution führt, die ernstlich unsere Selbständigkeit gefährden könnte. Es wird deshalb ein jeder, dem es wirklich an einer ruhigen Entwicklung des tschechoslowakischen Staates gelegen ist, dazu mitwirken, daß die Geburt des neuen Lebens schmerzlos sei... Deshalb ist der Standpunkt der Legionäre im tschechoslowakischen Staate auf alle Fälle gegeben in ihrer Mitwirkung mit den produktiv arbeitenden Schichten der Stadt und des Landes in ihrem Bestreben zur Verwirklichung neuer Ideale.“

Begreiflicherweise verstehen die Herrschenden eine solche Sprache jener, die sie als ihre Stützen auserkoren, nicht. Um so besser aber weiß sie das kämpfende Proletariat zu würdigen und begrüßt ans herzlichste die offene Stellungnahme seiner Brüder im Waffentod.

Stimmen der Parteipresse

„Volkswacht“, Kofnod.

S. M. ... Der Kampf um den Sozialismus ist fürwahr kein Kinderpiel; der Weg aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise in das sozialistische Gemeinwesen ist kein schöner Spaziergang; die Zeit des Abbaues der alten und des Aufbaues des neuen Welt ist die schwerste in jeder Beziehung, die das Proletariat noch durchleben muß, um aus der Nacht an das Licht zu gelangen. Um Alles in der Welt, vergesse ich nicht, daß nicht dieser Kampf kann in Deutschland nur durchgeführt werden mit reifen Massen, mit zielbewußten Massen, mit opferbereiten Massen. Wir müssen uns frei machen von dem spießbürgerlichen Gedanken, daß uns „starke Führer“ aus dem Elend heben können. Nein, starke Massen brauchen wir.

Wir müssen bezwecken, daß diese starken Massen erwachen, daß sie sich schulen können, wenn das Diktum des Parteivorstandes entscheiden soll. Denn dann müssen die Mitglieder des Parteivorstandes mit einem Glorienschein einer Art Unfehlbarkeit umkleidet werden, weil ihnen die Massen gehorchen sollen. Gehorchen aber hören auf, innerlich stark zu sein.

Weiter! Denken wir daran, wie die Machthaber der Intelligenz in der früheren sozialdemokratischen Partei dazu geführt hat, daß den Massen, als die Führer ihre erbärmliche Schwanzung vollzogen hatten, die Parteiochsen schamlos geköhlt wurden...

Es ist bezeichnend, daß wir uns jetzt — leider — mit dem Ausschuss eines Mannes beschäftigen müssen, der uns vor Jahrzehnten der Hüter der Reinheit der Parteigrundzüge war, Kautsky. Was er uns früher gelehrt, das verurteilt er heute; er, der früher so glänzend die Reformisten abfertigte, ist heute ihr Kronzeuge. Hätten wir vor 15—20 Jahren die Aufgabe gehabt, jemanden mit diktatorischen Vollmachten auszustatten, um zu verhindern, daß die Partei ein Zummelplatz von Reformisten werde, unsere Wahl wäre auf Kautsky gefallen. Die Wandlung dieses Mannes zeigt aber, daß uns die Massen zuverlässiger erscheinen müssen, als die „Führer“, denen die Internationale so große Machtvollkommenheit übertragen will.

Gewiß, in der Zeit des schärfsten Kampfes — und in dieser stehen wir jetzt — bedarf es der einheitlichen Leitung. Aber es müssen Sicherungen geschaffen werden; Sicherungen, die jede Gewähr bieten, daß die Zentralfstelle keinen Mißbrauch mit ihrer Machtvollkommenheit treiben kann. Diese Sicherungen müßten nicht nur gegenüber den Zentralen einer jeden Landesektion der kommunistischen Internationale, sondern auch gegenüber der Exekutive der kommunistischen Internationale selbst bestehen.

Diese Forderung müßte die U. S. B. D. als unabwendbare Bedingung ihres Aufgehens in der dritten Internationale stellen. Erfüllt diese die Bedingung, dann erst beweist sie, daß es ihr mit dem Zusammenschluß des revolutionären Proletariats genau so ernst ist, wie uns.

Mannheimer „Tribüne“.

Ergebnis zunächst haben wir uns bemüht, objektiv zu ergründen, welche Verhältnisse die Gehirn beeinflusst haben, deren Produkt die 21 Punkte sind, — gerade so sind, wie sie da vor uns liegen.

Ergebnis, denn uns selbst der Schlüssel zu diesem unbekannten Integral.

Heute schon sind wir den Dingen näher gekommen. Es war kurz vor den Reichstagswahlen, als der Kommunist Dr. Levi im Nebenbühnenaal die Auffassung ablehnte, nach welcher das Gros der russischen Arbeiterschaft mit einem starken, jähem Glauben an die gute Sache der Revolution blindlings seinen herortragenden begabten Führern folgte. Wir hatten diese Auffassung vertreten und sie als die Ursache der russisch-proletarischen Kampfeinheit in erster Linie angesehen.

Dr. Levi wies diese Auffassung entkräftet von sich. Nichts sei weniger zutreffend; — lediglich der seit 1905 währende aktiver revolutionärer Kampf der Russen habe ihre Einheit erstehen lassen und das Proletariat zu bewußten Revolutionären geführt.

Wir hatten damals, obgleich wir felsenfest davon überzeugt waren, daß der russischen Proletariat aus dem unangebrachten Zwang seiner Verhältnisse instinktiv revolutionäres Empfinden erwachen sein mußte, — trotz Levi — Zweifel, ob sich die bewußte Schulung nicht doch nur auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis begrenze. Heute wissen wir, daß unsere Auffassung die richtige war, heute aber wissen wir auch, warum Levi anders dachte wie wir, warum er anders denken mußte! ...

Ganz recht; in Rußland müssen Presse und mündliche Auffklärung streng einheitlich von dem begrenzten Kreis bewußter, geschulter Revolutionäre ausgeht werden. Es dürfen sich keine anderen Meinungen erheben, weil die russische Arbeiterschaft nicht klar genug leben kann, welcher der versprochenen Wege der rechte ist und weil deshalb durch widersprechende Meinungen die für Rußland doppelt wichtige Einheitlichkeit zerfallen werden könnte. Diese Methode aber hatte auch zur Folge, daß die Besucherhaltung über Rußland und das Wesen seiner Revolution für unsere Angriffe völlig entfällt, ja, gefährt zu uns gelangte. Für ist es auch auszuschreiben, daß große Teile der deutschen Arbeiterschaft völlig irig geführt worden sind und geglaubt haben, vielleicht noch glauben, die russischen Methoden unbeschadet auf Deutschland übertragen zu können. Wir können wohl verstehen, daß es heute für manche aufrechten Revolutionäre recht bitter ist, seine Ideale arg zerstückt zu sehen, soweit sie nicht ständig von den deutschen und internationalen Verhältnissen aus forrgiert wurden. Wir haben aber wenig Verständnis dafür, daß wir uns russischen Methoden zum Schaden des Proletariats unterwerfen sollen, nur weil kleine Halbgotter ihren Ruf der revolutionären Unfehlbarkeit — eine Welle noch — aufrecht erhalten wollen, oder aber, wir wollen es nicht hoffen, — weil sie sich so hoch über der Masse der Arbeiterschaft hehend glauben, daß ihnen das Diktatorrecht über diese gesteht.

Wieder ein Kappitel der Verfolgung geleht. Wie der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts im Anzeigenteil der „Schlesischen Ztg.“ bekannt gibt, ist der Stadtrath gegen Herrn v. Kessel (Oberstaatsanwalt), der während der Kapplage als Oberpräsident von Schlesien auftrat, zurückgenommen worden.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwelger, Warzen
besitzig, schnell, sicher, schmerzlos
Kukiol 100000fach bewährt
Preis M. 3.— in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukiol steht einzeln da.

Die Beschlüsse der dritten Internationale

Nationalitätenfrage und Kolonialfrage

A. Thesen

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem eigentlichen Wesen nach eine abstrakte oder formelle Auffassung in der Frage über die Gleichheit überhaupt, und über die nationale Gleichheit im besonderen, eigen. Unter dem Anschein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formelle oder juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariats, des Ausbeuteten und des Ausbeutenden, und betreibt dadurch die unterdrückten Klassen im höchsten Maße. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Gleichheitsforderung liegt nur in der Forderung der Abschaffung der Klassen.

2. Die kommunistische Partei, als bewusster Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes für die Abschüttelung des Joches der Bourgeoisie, soll entsprechend ihrer Hauptaufgabe — Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und Entlassung ihrer Lüge und Heuchelei — auch in der Nationalitätenfrage nicht abstrakte und nicht formelle Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern: erstens die genaue Wertung des geschichtlich gegebenen und vor allem wirtschaftlichen Moments, zweitens die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausbeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der sogenannten Volksinteressen, die die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet, drittens eine ebenso genaue Trennung der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen von den unterdrückenden, ausbeutenden, völlberechtigten Nationen als Gegengewicht zu der bürgerlich-demokratischen Lüge, welche die der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Knechtung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Welt durch eine geringe Minderheit der reichsten, vorgehrittensten, kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg von 1914 hat mit besonderer Klarheit allen unterdrückten Klassen der ganzen Welt die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Prophezeien bewiesen. Von beiden Seiten mit den Phrasen der Widerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nation geführt, hat er einerseits mit dem Frieden von Brest-Litowsk und Tauris, andererseits mit dem Frieden von Versailles und St. Germain gezeigt, welche fegende Bourgeoisie rücksichtslos auch die „nationalen“ Grenzen nach ihren wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auch die „nationalen“ Grenzen sind für die Bourgeoisie nur Handelsobjekte. Der sogenannte Völkerbund („Liga der Nationen“) ist nichts anderes als der Versicherungsvorvertrag, in dem die Sieger dieses Krieges sich gegenseitig ihren Raub garantieren; die Befreiungen auf Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf „Wiedervereinigung mit abgetrennten Landesteilen“ sind nach Ansicht der Bourgeoisie nichts anderes als der Versuch der Besiegten, Kräfte zu neuen Kriegen zu sammeln. Die Wiedervereinigung der künstlich zerrissenen Nationen entspricht auch einem Interesse des Proletariats; seine wirkliche nationale Freiheit und Einheit kann das Proletariat jedoch nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und über die niedergeworfene Bourgeoisie hinweg erreichen. Der Völkerbund und die gesamte Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege bedeuten diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, überall den revolutionären Kampf des Proletariats der vorgehrittenen Länder sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder verstärkend, den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen bezüglich der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus befehlend.

4. Aus den dargelegten Grundzügen folgt, daß der gesamten Politik der kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage hauptsächlich der Zusammenschluß der Proletariat und werktätigen Massen aller Nationen und Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie zugrunde gelegt werden muß. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne welchen die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Situation hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt, und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich unvermeidlich um einen einzigen Mittelpunkt, und zwar um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen

die russische Sowjetrepublik, welche einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeiterordnung aller Länder und andererseits alle nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften um sich scharen soll, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht auf die naive Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen beschränken, sondern muß eine Politik der Bewirtlichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei dieses Bündnis der Entwicklungstendenz der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat eines jeden Landes oder der revolutionären Befreiungsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern oder unter den rückständigen Nationalitäten bestimmt werden.

7. Die Föderation ist eine Übergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen. Die Föderation hat schon in der Praxis ihre Zweckmäßigkeit gezeigt, sowohl in den Beziehungen der sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland zu den übrigen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen, lettischen in der Vergangenheit, der aserbaidschanischen, der ukrainischen in der Gegenwart), wie auch innerhalb der sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland in bezug auf die Nationalitäten, die weder eine staatliche Existenz noch eine Selbstverwaltung besaßen (z. B. die autonomen Republiken der Tschukotka und Tataren in der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die 1919 und 1920 geschaffen worden sind).

8. Die Aufgabe der kommunistischen Internationale besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der weiteren Entwicklung, sondern auch im Stadium und in der Prüfung der Erfahrungen dieser auf der Basis der Sowjetordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen. In Anerkennung der Föderation als Übergangsform zur vollen Vereinigung muß eine immer enger werdende Verbindung angestrebt werden, wobei in Erwägung zu ziehen ist: erstens die Unmöglichkeit des Bestehens der von militärisch bedeutenden mächtigeren imperialistischen Mächten der ganzen Welt umgebenen Sowjetrepubliken ohne engere Verbindung mit den anderen Sowjetrepubliken, zweitens die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Bundes der Sowjetrepubliken, ohne den die Wiederherstellung der durch den Imperialismus vernichteten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstandes der Werktätigen nicht möglich ist, drittens das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft nach einem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird. Diese Tendenz ist bereits unter dem Kapitalismus ganz offen zutage getreten und sieht unbedingt ihres ferneren Entwicklung und Vollaufnahme durch den Sozialismus entgegen.

9. Auf dem Gebiet der innernationalen Verhältnisse kann die nationale Politik der kommunistischen Internationale sich nicht mit der naiven, formalen, nur in Worten erklärten und praktisch zu nichts verpflichtenden Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen begnügen, auf die sich die — mögen sie sich auch „sozialistisch“ nennen — bürgerlichen Demokratien beschränken.

Nicht nur in der ganzen Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien — sowohl der Parlamentaristebühne als auch außerhalb derselben — müssen die sich in allen kapitalistischen Staaten trotz der „demokratischen“ Verfassungen fortgesetzt wiederholenden Versuche gegen die Gleichberechtigung der Nationen und die garantierten Rechte der nationalen Minderheiten unentwegt entzückt werden. Es ist ferner notwendig: erstens beständig darüber aufzuklären, daß nur die Sowjetordnung imstande ist, den Nationen in Wirklichkeit dadurch Gleichberechtigung zu sichern, daß sie erst die Proletariat, darauf die ganze Masse der Werktätigen im Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt; zweitens die revolutionären Bewegungen unter den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (z. B. in Irland, unter den Negern Mexikos usw.) und in den Kolonien durch die kommunistische Partei des betreffenden Landes direkt zu unterstützen.

Ohne diese letztere, besonders wichtige Bedingung, bleibt der Kampf gegen die Unterdrückung der abhängigen Nationen und Kolonien, wie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf radikale Absonderung ein lächerliches Auswärtswort, wie wir dies bei den Parteien der 2. Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus lediglich in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus bildet die übliche Erscheinung nicht nur bei den Zentrumsparteien der 2. Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar innerhalb solcher Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Übel, mit dem am tiefsten eingewurzelt kleinbürgerlich-nationalen Vor-

urteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Klassenhaß, nationale Verbeugung, Antisemitismus muß um so mehr in den Vordergrund getreten werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats wird, nämlich der Umwandlung aus einer nationalen Diktatur (d. h. nur in einem Land existierenden und zur Führung einer selbständigen Weltpolitik unfähigen) in eine internationale Diktatur (d. h. in eine Diktatur des Proletariats wenigstens in einigen vorgehrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik zu haben). Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt als Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) erhält den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: erstens die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstab; zweitens die Fähigkeit und Bereitwilligkeit von einer Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kampf des Proletariats zu stärken.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortritt darstellen, der Kampf mit den opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Verdrängungen der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

11. In bezug auf die Staaten und Nationen, die einen mehr zurückgebliebenen, vorwiegend feudalen oder patriarchalen oder patriarchal-bäuerlichen Charakter tragen, muß man insbesondere folgende Punkte im Auge behalten:

a) Alle kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Befreiungsbewegungen in diesen Ländern durch die Tat unterstützen und die Form der Unterstützung muß mit der kommunistischen Partei erörtert werden, wenn es eine solche Partei gibt. In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt.

b) Notwendigerweise ist ein Kampf gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und andere Elemente zu führen.

c) — lautet ganz anders, und zwar: Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw. zu verbinden.

d) Notwendig ist besonders die Unterstützung der Bauernbewegung in den rückständigen Ländern gegen die Grundbesitzer und alle Formen und Überreste des Feudalismus; man muß vor allem danach streben, der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben, womöglich die Bauern und alle Ausbeuteten in Sowjets zu organisieren und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen.

e) Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Befreiungsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mantelchen anzuhängen. Die kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien — der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen — in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung im Schoße ihrer Nation. Die kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder eingehen, darf sich aber mit ihr nicht zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung — sei es auch in ihrer Keimform — anprecht erhalten.

f) Notwendig ist es, unter den breitesten Massen der Werktätigen aller und insbesondere der rückständigen Länder und Nationen fortgesetzt den Betrug aufzudecken und aufzuklären, den die imperialistischen Mächte mit Hilfe der privilegierten Klassen in den unterdrückten Ländern dadurch begehen, daß sie, unter der Maske politisch unabhängiger Staaten, Staatsgebilde ins Leben rufen, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind. Als ein krasses Beispiel eines Betrugs der arbeitenden Klassen, einer unterdrückten Nation, zudem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nation ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinafrage der Zion-

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung

von

Hans Siemsen

Ich gehe am Rande der Stadt einen Feldweg entlang. Er führt zwischen Schrebergärten und leeren Bauplätzen unter mehreren Bahndämmen weg ins freie Feld und weiter — ich weiß nicht, wohin? Es ist der erste Frühlingstag. Der Himmel ist blau und die Luft ist warm. Überall wird die Erde grün. In allen Strahlen spielen Kinder, mehr Kinder als man jemals sah, als man jemals im Winter gesehen zu haben sich überhaupt erinnern kann. Niemand will zu Hause bleiben und wer zu Hause bleibt, öffnet die Fenster und atmet mit Sehnsucht die weiche Luft. Der erste Frühlingstag nach langem Winter, das ist der schönste Tag im Jahr. Wie ein Genesender, müde und glücklich geht man, indem man den Schatten vermeidet, Schritt für Schritt so durch die warme Luft dahin.

Es gibt so viel zu sehen, was man lange nicht sah. Aber es ist gar nicht nötig zu sehen. Es genügt, die Luft und die Sonne zu fühlen, es genügt zu atmen und wieder zu atmen. Man geht durch die Felder. Man lebt. Und das ist schön. Die Welt steht uns offen. Man kann überall hingehen. Man kann sich überall auf die Erde legen. Überall ist es schön. Da es überall warm ist.

Vom Bahndamm aus kann man weit ins Land sehen. Gärten und kleine Hütten darin. Wiesen und zwischen den Wiesen Wasser, große Streifen fließenden Wassers. Und in dem Wasser spiegelt sich der Himmel, blau, wie das Blau ganz heller Türlisse. Die Wiesen dazwischen sind ganz hellgrün. Auf der einen Seite die Häuser der Stadt, auf der anderen die unendlichen Wiesen.

Wichtig weht mit dem leichten Wind über die Wiesen und über den Bahndamm ein tiefes, gutmütiges Heulen heran, zwei, drei und viermal. Es sind Dampfer, die tuten. Da liegt der Hafen. Da, wo die Stadt und die weiten Wiesen hinter dem Bahndamm zusammentreffen, steht man einzelne Häuser, Fabriken, Schuppen und etwas weiterhin riesige Eisengestütze und Kräne. Da liegt der Hafen und irgend ein Dampfer, der von draußen hereinkommt, hat getutet und tutet noch einmal. Er kommt von Amerika oder von Japan, weither aus der Welt, in der es schön ist. Seine mächtige Stimme dröhnt tief und zufrieden, wie der zufriedene Ruf eines Kindes dröhnt.

Hier sind kleine, bescheldene Gärten. Dort, eine halbe Stunde zu gehen, liegt der Hafen. Da beginnt das Wasser

und am anderen Ende des Wassers liegt dann Amerika oder Japan. Wie groß ist die Welt und wie schön! Und wie schön zu leben!

Ich steige vom Bahndamm herunter und gehe zurück, nicht zum Hafen, sondern der Stadt zu. Da liegt ein großes, rotes Gebäude. Mitten im Feld, wie ausgeflogen. Weit von den anderen Häusern entfernt. Von großen roten Mauern umgeben, sieht es wie zugemauert aus. Es ist das Gefängnis. Da sitzt der Junge, dessen Geschichte ich erzählen will.

Er ist nicht mein Bruder, das ist nicht wahr. Aber er könnte mein Bruder sein. Er ist erst sechzehn Jahre alt. Und ich hätte gern einen Bruder von sechzehn Jahren.

Er ist sechzehn Jahre und sitzt im Gefängnis und mehr weiß ich eigentlich nicht von ihm. Das ist eigentlich wirklich alles, was ich von ihm erzählen kann. Ich kenne ihn selber gar nicht. Ich habe ihn nie gesehen. Ich kenne nur seinen Bruder, Willi, mit dem lag ich lange im Lazarett zusammen. Er selbst heißt Karl. Das ist alles.

Ich gehe um das Gefängnis herum. Der Weg führt an der Mauer entlang. Von ihm aus sieht man nichts als die Mauer. Man muß ein paar Schritte aufs Feld zurückgehen, dann sieht man hinüber über die Mauer und über der Mauer das große Gebäude. Ich gehe aufs Feld und sehe hinüber.

Hier bleibe ich gern ein wenig allein. Aber die Mauer entlang kommt ein Mann. Es ist ein alter Mann mit einem Handwagen. „Heißt Ti da of een in sinnen?“ sagt er. Aber bevor er das sagt, kommt er erst langsam heran, bis er in meiner Nähe ist, hustet, bleibt stehen, spuckt aus und steht zum Gefängnis, nicht mit dem Kopf und sieht zu mir herüber, dann erst sagt er nach einer Pause, indem er mir zunickt, als ob er schon vorher die Antwort wüßte, „Heißt Ti da of een in sinnen?“

Habe ich jemand im Gefängnis? Natürlich! Stände ich sonst denn hier? Ich habe natürlich jemand dort sitzen.

Aber was ist das? Ich sage: „nein“. Ganz rasch und hochmütig sage ich „nein, nein“. Als ob das ganz unmöglich wäre. Als ob ich den Gedanken weit von mir abwies, daß ich dort im Gefängnis jemand sitzen haben könnte.

Aber taumt ich der Alte fort — denn er geht sogleich, nachdem ich hochmütig „nein, nein!“ gesagt habe, geht er sogleich mit seinem Handwagen weiter — da fange ich an, mein „nein“ zu bedauern. Der Alte geht so allein dahin, als ob ich ihn verlassen hätte, als ob er in mir keinen Kameraden gefunden hätte, keinen Menschen, dem es so geht, wie ihm. Er hat gewiß jemand im Gefängnis sitzen. Und ich sage „nein, ich habe niemand drin. Als ob ich darauf stolz sein wollte.

Ich schäme mich, als hätte ich gelogen. Und habe ich denn nicht wirklich gelogen? Wenn ich den Jungen, der dort sitzt, auch nicht kenne, wenn er auch nicht mein Bruder ist, ich habe ihm doch irgendwie verzeuget. „Nein, nein“, was soll das heißen, „nein, nein?“ Sitzt dieser Junge vielleicht nicht im Gefängnis? Er ist nicht mein Bruder, ich kenne ihn nicht. Gewiß. Aber was bedeutet das? Darf ich ihm deshalb einfach verschweigen? Darf ich deshalb sagen: „nein, nein, ich habe niemand im Gefängnis?“

Ich habe ihn verzeuget. Das ist klar. Wie ein Verräter stehe ich da.

Ich möchte hinter dem Alten hergehen und ihm sagen: „Hören Sie mal, weshalb glauben Sie wohl, daß ich hier stehe? Glauben Sie, ich würde hier stehen, wenn ich niemand drin sitzen hätte? Nun also, um bei der Wahrheit zu bleiben, es ist mein Bruder. Der sitzt da drin.“ „Gott, das kann jedem passieren“, würde ich sagen.

Aber der alte Mann ist schon fort, ich kann ihn nicht mehr sehen, der Weg ist leer. Ich gehe bis an die Ecke der Mauer. Da kommt eine Frau die Chaulsee entlang. Ich gehe sofort auf sie zu und sage: „Ist dies das Gefängnis?“ Und ohne ihr „Ja“ erst abzuwarten: „da sitzt nämlich mein Bruder drin“. Aber da ich einmal angefangen habe, ist mir das noch nicht genug, ich möchte noch irgend etwas hinzufügen. Ich drehe mich also noch einmal um, denn ich bin inzwischen schon weiter gegangen, und rufe hinter der Frau her: „Das ist keine Schande. Das kann schließlich jedem passieren. Und vielleicht komme ich selber auch noch hinein.“

Die Frau steht sich gar nicht mehr um, sie beeilt sich, sie läuft. Sie weiß wohl nicht, weshalb ich das rufe. Sie glaubt vielleicht, ich wäre verrückt.

Aber mir ist so froh geworden, so gut, so leicht. Es ist so leicht, die Wahrheit zu sagen. Es ist so leicht, seine Schande zu bekennen. Es ist so leicht, zu unseren Freunden zu stehen, wenn sie in Not geraten sind.

Ich habe einen Freund, der mich nicht kennt. Er ist sechzehn Jahre und sitzt im Gefängnis. Irgend etwas wie Kameradschaft verbindet mich nun mit diesem Jungen.

Ich habe zu Anfang gesagt: ich kenne ihn nicht, den Jungen, von dem ich erzählen will. Das ist nicht ganz richtig. Ich kenne ihn wohl. Nur gesehen habe ich ihn nie. Ich konnte nämlich damals nicht sehen. Meine Augen waren durch Gas vergiftet. Sie waren blind geworden. Ich konnte nichts sehen. Deswegen lag ich im Lazarett.

(Fortsetzung folgt)

